

Zwischen der  
Freien Hansestadt Bremen  
vertreten durch die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

und  
**die Hans-Wendt-Stiftung**  
**Familienunterstützende Hilfen –**  
**Am Lehester Deich 17 – 19,**  
**28357 Bremen**

wird folgende  
**Vereinbarung nach § 77 SGB VIII**  
geschlossen

---

## **1. Gegenstand**

Diese Vereinbarung regelt die Leistungserbringung und Finanzierung des ambulanten Unterstützungs- und Trainingsangebotes für Mütter/Väter/Eltern mit Kindern im Rahmen des Familienwohnens durch den Träger Hans-Wendt-Stiftung, Am Lehester Deich 17 – 19, 28357 Bremen auf der Grundlage von § 27 SGB VIII.

Gegenstand der Vereinbarung sind die beiliegende Anlage 1 (Leistungsbeschreibung) und die Anlagen 2 (Berechnungsbögen).

## **2. Leistung**

Art, Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung bzw. die wesentlichen Leistungsmerkmale sowie die Zielgruppe sind der Anlage 1 zu entnehmen.

Der Umfang der Leistung ist differenziert. Die anspruchsberechtigten Familien werden nach der Anzahl der Kinder und den sich hieraus ergebenden Problemkonstellationen in folgende drei Bedarfsgruppen eingeteilt:

### **Bedarfsgruppe I:**

Familien mit ein bis zwei Kindern. Betreuungsschlüssel in Höhe von 1 zu 1,7 (inklusive aller direkten und indirekten Leistungszeiten sowie der üblichen Ausfallzeiten (10,5 Kontakte mit insgesamt durchschnittlich 18,75 Stunden pro Woche).

### **Bedarfsgruppe II:**

Familien mit drei bis vier Kindern. Betreuungsschlüssel in Höhe von 1 zu 1,5 (inklusive aller direkten und indirekten Leistungszeiten sowie der üblichen Ausfallzeiten (11,4 Kontakte mit insgesamt durchschnittlich 21,25 Stunden pro Woche).

### **Bedarfsgruppe III:**

Familien mit fünf und mehr Kindern. Betreuungsschlüssel in Höhe von 1 zu 1,3 (inklusive aller direkten und indirekten Leistungszeiten sowie der üblichen Ausfallzeiten (12,5 Kontakte mit insgesamt durchschnittlich 23,75 Stunden pro Woche).

## **3. Leistungsentgelt**

### **3.1 Die Pauschale beträgt ab dem 1.6.2026**

- **In der Fallgruppe I: 5.385,53 € mtl./Familie**
- **In der Fallgruppe II: 5.970,47 € mtl./Familie**
- **In der Fallgruppe III: 6.586,84 € mtl./Familie**

### **3.1.1 Die Pauschale beträgt ab dem 1.3.2027**

- **In der Fallgruppe I: 5.448,84 € mtl./Familie**
- **In der Fallgruppe II: 6.041,62 € mtl./Familie**
- **In der Fallgruppe III: 6.665,83 € mtl./Familie**

### **3.1.2 Die Pauschale beträgt ab dem 1.1.2028**

- **In der Fallgruppe I: 5.508,12 € mtl./Familie**
- **In der Fallgruppe II: 6.106,66 € mtl./Familie**
- **In der Fallgruppe III: 6.737,23 € mtl./Familie**

bei durchgängiger Leistungserbringung für einen ganzen Monat.

Bei Beginn oder Abbruch der Maßnahme in einem laufenden Monat erfolgt eine tageweise Abrechnung. Die Tagessätze betragen **ab 1.6.2026:**

- **In der Fallgruppe I: 177,16 € pro Familie**
- **In der Fallgruppe II: 196,40 € pro Familie**
- **In der Fallgruppe III: 216,67 € pro Familie**

Bei Beginn oder Abbruch der Maßnahme in einem laufenden Monat erfolgt eine tageweise Abrechnung. Die Tagessätze betragen **ab 1.3.2027:**

- **In der Fallgruppe I: 179,24 € pro Familie**
- **In der Fallgruppe II: 198,74 € pro Familie**
- **In der Fallgruppe III: 219,27 € pro Familie**

Bei Beginn oder Abbruch der Maßnahme in einem laufenden Monat erfolgt eine tageweise Abrechnung. Die Tagessätze betragen **ab 1.1.2028:**

- **In der Fallgruppe I: 181,19 € pro Familie**
- **In der Fallgruppe II: 200,88 € pro Familie**
- **In der Fallgruppe III: 221,62 € pro Familie**

3.3 Weitere Regelungen und Informationen sind den Anlagen 1 bis 2 zu entnehmen.

3.4 Die o.g. Pauschalen können nur abgerechnet werden, wenn eine Kostenübernahmeerklärung seitens des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe im Einzelfall vorliegt.

3.5 Nicht im Entgelt enthalten und auch nicht über die Wirtschaftliche Jugendhilfe abrechnungsfähig sind Kosten der Unterkunft und Kosten für die laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt.

3.6. Es gilt der Landesrahmenvertrag nach § 78 SGB VIII.

#### **4. Qualitätsentwicklung/-prüfung / Persönliche Eignung**

4.1 Die Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität der Leistung sowie Angaben über geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung nach § 8 des Landesrahmenvertrages gemäß § 78 f SGB VIII gelten für dieses ambulante Angebot. Somit erfolgt auch die Berichterstattung analog der Vorgaben der Rahmenempfehlung zur Qualitätsentwicklung (Berichtsraster) vom 01.03.2017. Die Berichte sind dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe entsprechend der in der Vertragskommission abgestimmten Termine und Schwerpunktthemen vorzulegen.

4.2. Ferner einigen sich die Vertragsparteien darauf, zukünftige Ergebnisse der Unterarbeitsgruppe Qualitätsentwicklung, insbesondere auch im Hinblick auf die Darstellung des Berichtswesen in Form eines standardisierten Rasters, mit einzubeziehen und zu berücksichtigen. Die Einrichtungsträgerin sichert die Zusammenarbeit und Mitwirkung im Hinblick auf zukünftige Systeme der Leistungsdokumentation zu, die in der Vertragskommission nach § 78f SGB VIII abgestimmt und beschlossen werden.

4.3 Gem. § 8a SGB VIII ist bei Anhaltspunkten, die auf eine drohende Kindeswohlgefährdung für ein Kind oder einen Jugendlichen hindeuten, im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte

das Gefährdungsrisiko abzuschätzen. Die Mitarbeiter einer Einrichtung verpflichtet dies, bei der Kenntnis von einem Gefährdungsrisiko, ihren Schutzauftrag unmittelbar wahrzunehmen und/oder das zuständige Jugendamt unverzüglich zu informieren.

4.4 Die Leistungserbringerin hat sicherzustellen, dass sie nur Personen beschäftigt oder vermittelt, die nicht wegen einer der in § 72 a Satz 1 SGB VIII genannten Straftaten rechtskräftig verurteilt worden sind. Zu diesem Zweck hat er sich bei der Einstellung, aus besonderem Anlass und in regelmäßigen Abständen (spätestens alle 5 Jahre) ein Führungszeugnis nach § 30 Abs. 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen zu lassen. Unbeschadet dessen hat die Leistungserbringerin unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn ihr bekannt wird, dass gegen eine Person wegen des Verdachtes eine solche Straftat begangen zu haben, Ermittlungen zur Strafverfolgung eingeleitet worden sind.

## **5. Vereinbarungszeitraum**

5.1. Diese Vereinbarung gilt ab dem **01. Juni 2026** und wird mit einer Mindestlaufzeit von 20 Monaten (bis 31.01.2028) auf unbestimmte Zeit geschlossen.

5.2. Zur vollständigen oder teilweisen Änderung oder Aufhebung der Vereinbarung bedarf es einer schriftlichen Kündigung unter Einhaltung der unter Ziffer 5.1. genannten Mindestlaufzeit. Die Vergütungsvereinbarung kann mit einer Frist von mindestens 6 Wochen, die übrigen Bestandteile der Vereinbarung können mit einer Frist von mindestens 3 Monaten gekündigt werden.

5.3. Für den Fall, dass sich die Leistungs- und Vergütungsfaktoren bzw. -strukturen durch gesetzliche oder landesrahmenvertragliche Neuerungen wesentlich verändern, kann diese Vereinbarung von jeder Vertragspartei ohne Einhaltung einer Frist zum Zwecke der Anpassung durch Neuverhandlung gekündigt werden. Bis zum Abschluss einer Neuvereinbarung gelten die bisherigen Regelungen weiter.

## **6. Sonstiges**

6.1. Bei Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages verlieren die übrigen Bestimmungen ihre Wirksamkeit nicht. Eine unwirksame Regelung ist von den Vertragsparteien durch eine wirksame zu ersetzen, die der unwirksamen in ihrer Auswirkung möglichst nahe kommt. Im Übrigen gelten die Vorschriften der §§ 53. ff. des Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) über den öffentlich-rechtlichen Vertrag.

6.2. Dieser Vertrag unterliegt dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz (BremIFG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des BremIFG im elektronischen Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem BremIFG sein

6.3. Die Mitarbeitenden werden in Anlehnung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in seiner aktuellen Fassung und den geltenden Entgelttabellen vergütet. Zu den Bestandteilen gehören insbesondere die sich aus dem Tarifvertrag ergebenden Entlohnungsansprüche wie die Grundvergütung, einschließlich Entgeltbestandteile, die an die Art der Tätigkeit, Qualifikation und Berufserfahrung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anknüpfen, Einmalzahlungen, Jahressonderzahlung, Urlaubsansprüche, Zulagen und Zuschläge unter Mindesteinhaltung der jeweiligen Erfahrungsstufen sowie die Einhaltung der Eingruppierungsgrundsätze des Tarifvertrags.

6.4 Um auf extreme Abweichungen bei den Sachkostensteigerungen in Vereinbarungen mit einer Laufzeit von mehr als 18 Monaten reagieren zu können, löst eine Abweichung der zugrunde gelegten Inflationsrate von mehr als 5%-Punkten gemäß VK-Beschluss zur TV-L-Umsetzung vom 15.04.26 ein beidseitiges Sonderkündigungsrecht aus (also z. B. statt 1,5 % Preissteigerung > 6,5 % Steigerung).

Alle Anlagen dieser Vereinbarung sind Vertragsbestandteil.

Bremen, im Mai 2026

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend,  
und Integration  
Im Auftrag:

Einrichtungsträgerin:

Anlagen:

Anlage 1: Leistungsbeschreibung (liegt vor)

Anlage 2: Berechnungsbogen 1.6.2026-28.2.2027

Anlage 2a: Berechnungsbogen 1.3.2027-31.12.2027

Anlage 2b: Berechnungsbogen ab 1.1.2028